

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baughen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Fein und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich M. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

**Politisches Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsmittelungen — hat der Besizer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Reichsmark):** Die 48 mm breite einpaltige Grundzeile 25 Pfg., deutsche Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile (im Textfeld) 70 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 189

Sonntag, den 15. August 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

\* Das Reichskabinett hat am Freitagabend seine Beratungen zu Ende geführt. Die Frage des Reichslehrens wurde vorläufig zurückgestellt.

Zu den Beratungen des Reichskabinetts über das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird mitgeteilt, daß vor allem eine Belebung des Baumarktes zu erwarten sei. Ein 100 Millionen-Kredit würde beispielsweise 20 000 neue Wohnungen schaffen können, wobei allein 60 000 Bauarbeiter 12 Monate lang Arbeit hätten.

\* Nach Meldungen aus Paris will Frankreich nur eine Verminderung der Rheinlandtruppen um 6000 Mann zugehen.

\* Der englische Bergarbeiterstreik steht vor dem Zusammenbruch. Der Führer der Bergarbeiter, Cook, äußerte das Verlangen nach Verhandlungen.

\* Die Schuld an dem Eisenbahnunglück bei Treising soll einen Vorarbeiter treffen, der es unterlassen hatte, das Signal auf langsame Fahrt zu stellen. Der Schuldige ist flüchtig.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Besserung der Reichsfinanzen.

Berlin, 14. August. Wie aus dem Reichsfinanzministerium verlautet, rechnet man damit, daß die in den nächsten Tagen vorliegenden Juliresultate der Reichssteuererträge außerordentlich günstig sein werden, indem sie mit einem Eingangsbetrag von insgesamt 708 Millionen Mark erheblich über den bisherigen Quartalsmonat liegen werden. Während die Einnahmen im vorhergehenden Quartalsmonat April bei noch einprozentiger Umsatzsteuer 584, im Januar 660 und im Oktober vorigen Jahres 674 Millionen betrugen, wurden im Juli 708 Millionen Einnahmen erzielt. Alle inzwischen eingetretenen Steuerminderungen sind also infolge der Besserung der Wirtschaftslage durch steigende Steuererträge ausgeglichen worden.

In einer Pressebesprechung gab der Reichsfinanzminister ein außerordentlich optimistisches Bild über die Lage der Reichsfinanzen, allerdings unter zwei Voraussetzungen: daß der Reichstag nicht überraschend neue Ausgaben bewilligt und daß die bisherigen Ansätze zu einer Besserung der Wirtschaftslage nicht durch einen Rückschlag abgelöst werden. Nach den Angaben des Herrn Dr. Reinhold zeigt die Entwicklung der Reichsfinanzen folgendes Bild:

Ganz besonders günstig haben sich die Zolleinnahmen entwickelt, die als einzige Einnahme schon in den ersten drei Monaten über die im Etat vorgegebenen Summen hinausgingen und bei denen der Minister mit einer Jahresmehrereinnahme von 200 Millionen gegenüber dem Voranschlag rechnet. Im Juli sind an Zöllen infolge von Zahlungen aus dem Abrechnungsverfahren und von Voreindeckungen in Getreide sogar 113 Millionen gegen 63 veranschlagte eingegangen, was allerdings einen günstigen Ausnahmefall darstellt. Die Besserung der Wirtschaftslage und die Abnahme der Arbeitslosigkeit hat auf die verpfändeten Steuern günstigen Einfluß gehabt. Die Einnahmen der Tabaksteuer und des Branntweinmonopols sind im Juli weit über die Schätzungen hinausgegangen, so daß ein Rückgang des Biersteuerertrages durch die ungünstige Witterung nicht ins Gewicht fiel und der Gesamtbeitrag der verpfändeten Steuern mit 227 Millionen Mark einen Höchststand darstellte.

Von den

### Einkommensteuern

meist der Lohnabzug auch steigende Erträge auf, bleibt aber noch hinter dem Voranschlag zurück und dürfte dies auch im Jahresergebnis tun. Der Lohnabzug erbrachte: Februar 81,4, März 78,6, April 79,4, Mai 82,5, Juni 88,7 und Juli 93,3. Wesentlich günstiger als der Lohnabzug haben sich die Einnahmen aus der freien Einkommensteuer gestaltet, die trotz sehr zahlreicher und umfangreicher Stundungen wesentlich über den Voranschlag hinausgehen und im Juli ohne Kapitalertragssteuer 143 Millionen gegen 120 im April betragen haben. Die Besserung der Wirtschaftslage kommt hierin und ganz besonders in der Umsatzsteuer zum Ausdruck, aus der im Juli 80,6 Millionen gegenüber einer Schätzung von 75 und gegenüber einem Ertrag von 145 Millionen im Juli vorigen Jahres eingegangen sind, wo die Steuer noch 1 1/2 Prozent, also das Doppelte betrug.

Es geht daraus hervor, daß die Umsätze der Wirtschaft im Juli dieses Jahres nach der Krise zum erstenmal über die des gleichen Vorjahrsmonats hinausgegangen sind. Wehnlich ist die Entwicklung bei der Börsenumsatzsteuer, wo infolge der Belebung des Börsengeschäfts die halbierte Steuer im Juli mit 6,2 Millionen den doppelten Ertrag gebracht hat, wie vorher die hohe Steuer im Durchschnitt der drei ersten Monate des Jahres.

In den ersten drei Monaten des neuen Rechnungsjahres ergab sich also ein Zurückbleiben der Einnahmen aller Art gegen den Voranschlag um 160 Millionen, was durch das überraschend günstige Ergebnis des Juli in ein

### Plus von einigen Millionen

verwandelt ist. Dabei sind bisher Ertragnisse aus der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer nicht berücksichtigt. Der Minister glaubt, daß deren Hinzutreten den Umstand ausgleicht, daß in die ersten vier Monate zwei Quartalsmonate fielen und daß er mit entsprechend günstiger Weiterentwicklung rechnen kann. Besonderen Grund dazu gibt die Entwicklung der Ausgabenseite. Durch äußerste Sparsamkeit ist es gelungen, die zwangsläufigen Mehrausgaben, die aus der Erwerbslosenfürsorge, den Hochwasserkatastrophen u. a. entstanden, durch Minderausgaben gegenüber dem Etat auszugleichen, so daß noch ein kleiner Ueberschuß besteht und die Entlastung der noch zu erwartenden zwangsläufigen Mehrausgaben keine Schwierigkeiten machen dürfte.

## Der Kabinettsrat.

Berlin, 13. August. (Draht.) Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat heute nachmittag seine gestern in später Abendstunden abgetretenen Beratungen zu Ende geführt. Insbesondere wurde erneut die Frage der Befestigung des vom Verwaltungsrat der Reichsbahn zum Generaldirektor ernannten Kellertretenden Generaldirektors Dr. Dormmüller eingehend erörtert. Nach Lage der Dinge konnte die Angelegenheit noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt werden, da eine sachliche Einigung nicht vorliegt. Sodann nahm das Reichskabinett einen ausführlichen informatorischen Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen über die auswärtige Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Völkervereinigung entgegen. Die übrigen Beratungen des Reichskabinetts am gestrigen und heutigen Tag betrafen laufende Angelegenheiten. Die Frage des Reichslehrens wurde vorläufig zurückgestellt.

Zu diesem amtlichen Bericht ist ergänzend zu bemerken, daß im Falle Dormmüller in nächster Zeit noch eine Vereinbarung zwischen der Regierung und dem Treuhänder wahrscheinlich auf dem Umwege über eine mündliche Fühlungnahme mit dem Verwaltungsrat herbeigeführt werden soll, und bis dahin kommt eine Betätigung Dormmüllers nicht in Betracht. Die Beschlussfassung über die Zusammenfassung der deutschen Delegation für Genf ist zurückgestellt worden, bis die Beschlüsse der Studienkommission aus Genf in Berlin vorliegen werden. Ebenso ist anzunehmen, daß in der Befestigungsfrage zunächst keine weiteren diplomatischen Auseinandersetzungen stattfinden werden, sondern daß man die Gelegenheit der Zusammenkunft leitender Staatsmänner der europäischen Mächte in Genf benutzen werde, um das Befestigungsproblem von seiner grundsätzlichen Seite her zu lösen. Zurzeit liegt jedoch noch gar keine Einladung nach Genf vor und es ist auch noch nicht bekannt, wann man mit einer solchen zu rechnen hat.

Die Beratungen des Reichskabinetts können vorläufig als abgeschlossen angesehen werden und die nächste Kabinettsitzung wird wohl erst Ende August oder Anfang September stattfinden. Der Reichstanzler und einige Minister werden in den nächsten Tagen Berlin wieder verlassen. Der Kanzler nimmt am 22. August an dem deutschen Katholikentag teil.

Ueber die Kabinettsitzung am Donnerstag erfährt die dem Kanzler nahestehende „Germania“ noch einige Einzelheiten. Das Blatt erwähnt aus dem umfangreichen Beratungstoff u. a. die Großhamburger Frage, ein Abkommen mit Danzig über die Sozialversicherung, den deutsch-italienischen Handelsvertrag und die Kaltpreishöhung, gegen die die Reichsregierung ein Beto einzuweisen beschloß. Einer der wichtigsten Punkte der gestrigen Sitzung ist die Zustimmung des Kabinetts zur Begnadigung des russischen Kommunisten Stobelewski. Dieser war ursprünglich odmal zum Tode verurteilt, die Strafe dann aber auf dem Gnadenwege zu lebenslänglichem Zuchthaus umgewandelt worden. Rummer wird er aus dem Reichsgebiet ausgewiesen, wogegen Rußland 14 Deutsche, darunter die drei Studenten in Moskau, begnadigt. Gegen diese Begnadigung Stobelewski hatte vor allem, der Reichswehrminister schwere Bedenken erhoben.

Bisher hat sich indessen die Kassenlage des Reichs so gestaltet, daß weder von der Möglichkeit des 100-Millionencredits, noch von jener der Begebung von Reichsschatzwechseln an die Reichsbank Gebrauch gemacht werden mußte, und daß darüber hinaus die bisher fälligen Ausgaben außerordentlicher Art, die aus Anleihen zu decken sind, stets aus verfügbaren Mitteln geleistet werden konnten. Der Reichsfinanzminister glaubt dies auch vorläufig weiter tun zu können, ohne dadurch gezwungen zu sein, die der Landwirtschaft und Wirtschaft gewährten Kredite vorzeitig zurückzufordern. Er sei auch nicht gezwungen, schon jetzt an den Anleihemarkt heranzugehen. Zwar bestehe natürlich die Absicht, schließlich zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben von der erteilten Anleiheermächtigung Gebrauch zu machen, aber erst dann, wenn es wirtschaftspolitisch angebracht erscheine, daß heißt, wenn dadurch keine Verknappung des Kapitalmarktes zu befürchten und ein erträglicher Zinssatz zu erreichen sei. Jedenfalls denkt der Reichsfinanzminister nicht daran, in den nächsten Wochen oder Monaten mit einer Reichsanleihe herauszukommen.

Von besonderem Interesse für die Öffentlichkeit dürfte noch sein, daß in dem demnächst zu erwartenden Nachtragshaushalt neben einem ziemlich hohen Betrag für Erwerbslosenfürsorge auch mehrere Millionen Mark angefordert werden müssen für die Ablosungsanleihe, da die Anmeldungen von Altbesitz in Reichsanleihen die Schätzungen weit überfliegen hat.

## Frankreichs Standpunkt in der Befestigungsfrage.

Nur 6000 Mann Truppenverminderung.

Paris, 13. August. (Draht.) Ueber die gegenwärtig vielerörterte Frage der Herabsetzung der alliierten Befestigungsstruppen des Rheinlandes erfährt die Telegraphen-Union von gut informierter Seite folgendes:

Die französische Regierung sei an sich geneigt, eine Zusammenziehung der alliierten Truppen des Rheinlandes in bestimmten Städten vorzunehmen. Dies würde automatisch eine Herabsetzung der französischen Truppenstärke bedeuten, die gegenwärtig 58 000 (einschließlich der Beamten 60 000) Mann betrage. Man habe in Aussicht genommen, eine entsprechende Herabsetzung um 6000 Mann vorzunehmen. Diese Operation könne jedoch nicht lediglich auf Grund eines deutsch-französischen Uebereinkommens durchgeführt werden. Außenminister Briand führe gegenwärtig Unterhandlungen mit der englischen und der belgischen Regierung über diese Frage. Nach Informationen aus London sollen jedoch die dortigen militärischen und politischen Kreise wenig geneigt sein, die Höhe der englischen Befestigungsarmee, die gegenwärtig ebenso wie die belgische 8000 Mann betrage, herabzusetzen. In Pariser politischen Kreisen wird auf eine gewisse Kampagne der englischen Presse hingewiesen, die sich gegen eine Reduzierung der alliierten Truppen in Rheinland wendet und die gerade gegenwärtig in dem Augenblick der Verhandlungen Briands mit der belgischen und der englischen Regierung geführt werde. Ferner wird in politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die englische Gegnerschaft gegen die Herabsetzung mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums und der Eröffnung der Verhandlungen der Pariser Eisenindustriellen zusammenfällt.

Der Optimismus, der bisher in Berliner politischen Kreisen erkennbar war, hat sich inzwischen, nachdem die deutliche authentische Meldung vorliegt, verflüchtigt. Man verweist darauf, daß es heute Deutschland sehr wohl in der Hand habe, sein Genfer Aufnahmegeruch zurückzuziehen, wenn die ihm festerlich gegebenen Versprechungen in einem Ausmaße gehalten würden, das lächerlich ist. Dabei gilt es festzustellen, daß ein Rechtsmachen Deutschlands in Genf lediglich eine Folge der intransigenten Haltung der französischen Regierung wäre.

## Vor einem westeuropäischen Eisenkartell.

Paris, 13. August. Ueber die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Eisenindustriellen wird heute folgendes Kommunique veröffentlicht: Die internationalen Eisenverhandlungen zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland und Luxemburg haben am 12. und 13. August in Paris stattgefunden. Man hat hierbei endgültig die Bedingungen festgelegt, nach denen die luxemburgischen und lothringischen Kontingente nach Deutschland übernommen werden sollen. Ebenso hat man sich über die Ausführungsbedingungen der internationalen Kohlenvereinbarung verständigt. Die endgültige Ratifikation...